

tholischen Kirche gegenüber erwies sich Fürst Franz Josef II. als Schützer ihrer Rechte. Er versuchte, die notwendigen Reformen der Kirche zu fördern. Seine Haltung war klar. Aus dem Pluralismus und der religiösen Toleranz des Staates könne, und dies betonte er immer wieder, nicht eine völlige Wertneutralität des Staates hergeleitet werden. Der Staat müsse erkennen, dass ein Grundgefüge von christlich fundierten Werten die Voraussetzung seines Bestehens sei. Dafür stand er mit seiner Person ein. Der Staat müsse in diesem Sinne seinen historischen Ort, den Erdboden, erkennen, von dem er sich nicht gänzlich lösen könne, ohne zu zerfallen. Der Erdboden war für ihn das Christentum. Der Staat müsse lernen, dass es einen Bestand von Wahrheit gebe, der nicht dem Konsens unterworfen sei, sondern ihm vorausgehe und ihn ermögliche.

Der Staat braucht menschliches Mass. Das war seine feste Überzeugung. Aber der Staat wird nicht pluralistischer und freier, sondern bodenlos, wenn das Volk nicht mehr die Kraft hat, die Zeichen des Christentums als unverzichtbar zu verstehen und an ihm festzuhalten. Der Staat braucht öffentliche Zeichen dessen, was ihn trägt. Auch die Feiertage gehörten als öffentliche Markierungen der Zeit nach seiner Ansicht dazu. Deswegen muss das Christentum auf solchen öffentlichen Zeichen seiner Menschlichkeit bestehen. Die einzige Kraft, mit der sich das Christentum öffentlich zur Geltung zu bringen vermag, ist letztlich die Kraft seiner inneren Wahrheit. Diese Kraft aber ist heute so unentbehrlich wie eh und je, weil der Mensch ohne Wahrheit nicht überleben kann. Das ist die sichere Hoffnung des Christentums. Das ist eine ungeheure Herausforderung an jeden einzelnen von uns. Und diese Herausforderung nahm der Landesfürst an und setzte sie in seine Politik um.

Er war bemüht, als ein Mann in der Kirche mit überzeugender Frömmigkeit gutes Beispiel zu geben. Seine vornehme Zurückhaltung ist ein Charakterzug, den seine Regierungstätigkeit ganz allgemein auszeichnete. Diese vornehme Zurückhaltung strahlte Würde, Wissen um die Dinge aus. Es war staatspolitische Klugheit, die in die vom Volk gesuchte Autorität einmündete. Dies beweist die Anhänglichkeit des Volkes, das ihm Achtung und Verehrung zollte.

Fürst Franz Josef II. war erfüllt von Sorge um das öffentliche Wohl aller. Er stellte sich den Herausforderungen, die das Fürstenamt an ihn herantrugen, ohne sein politisches Feingefühl und den Sachverstand für Fragen der Gerechtigkeit zu vergessen. Bei dieser Aufgabe wurde er von der Fürstin tatkräftig unterstützt. Sie hat in besonderer Weise, wie er es selber gesagt hat, eine menschliche Note in seine Regierungstätigkeit hineingebracht. Dies wurde in der Öffentlichkeit immer wieder mit wachem Auge und grosser Zustimmung registriert.

Respekt, Besorgnis und Optimismus waren Barometer seines Denkens und Tuns, die sich denn auch des öfters in

seinen Thronreden niederschlugen. Respekt galt vor allem dem Leben, der Würde des Menschen. So sagte er: «Wie wir uns die Ausgestaltung des Strafrechtes vorstellen, hängt von der Einstellung unserem Nebenmenschen gegenüber ab. Ist man kein Materialist, achtet man den Nebenmenschen als Ebenbild Gottes, so muss man auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Wir haben daher als ständige Richtschnur uns die Würde des Menschen vor Augen zu halten und das Prinzip der Gerechtigkeit.» So hat er sich auch mit warnenden und deutlichen Worten gegen die Abtreibung gewandt und ausgeführt: «Wenn ich an diese Strafrechtsreform denke, erinnere ich mich unwillkürlich daran, dass in der Welt ziemlich viele sogenannte progressive Intellektuelle wohl vehement gegen die Todesstrafe sich aussprechen, aber gleichzeitig bejahen oder sogar fördern den Gedanken der sogenannten Abtreibung. Ich finde, dies ist ein unverständlicher Widerspruch von seiten dieser Leute, denn die Abtreibung beinhaltet nichts anderes als eine Hinrichtung von unschuldigen Menschen, denen man nicht einmal einen Prozess zuteil werden lässt.» Seine Besorgnis galt der Tatsache, dass die Gesellschaft in zunehmendem Masse sich in einer Anonymität verlaufen und der Staat in einem Zentralismus und Bürokratismus ersticken könnten. Die abnehmende «Mitmenschlichkeit» hat er als grosse Mangelkrankheit unserer Zeit erkannt und empfunden. Ein überbetonter Materialismus gefährde nicht nur unsere natürlichen Ressourcen und unseren wirtschaftlichen Wohlstand, sondern beeinträchtige auch die zwischenmenschlichen Beziehungen. Bei aller Sorge blieb der Landesfürst Optimist. Diese Grundhaltung zieht sich zeit seines Lebens wie ein roter Faden durch seine öffentlich gehaltenen Reden. Mit den Worten «Nicht Sorglosigkeit soll uns führen, sondern ein konstruktiver Optimismus, der auf einem starken Gottvertrauen fusst», machte er 1951 den Landtagsabgeordneten Mut.

Der Landesfürst war Bewahrer traditioneller Werte. Die Vergangenheit war in ihm lebendig geblieben. Die Vergangenheit, so sehen wir das immer wieder aufs Neue, hält denn auch ihre Sprecher, sendet sie in die Wirklichkeit. Staaten brauchen solche Persönlichkeiten wie unseren Landesfürsten, die sich auch in Zeiten eines umfassenden und scheinbar totalen sozialen Wandels um die Erhaltung traditioneller Werte bemühen. Der Landesfürst stand schon von seiner Familie her in einer langen geschichtlichen Tradition. Dieses deutliche Bekenntnis zur Vergangenheit, zu traditionellen Werten, ist eine Bejahung der Geschichte und damit auch der eigenen Vergangenheit. Er hat sie angenommen, auch für unseren Staat.

Nach seiner Ansicht sind es nicht die materiellen Güter, sondern die sittlichen Kräfte der Menschen, die in der Politik massgebend sind und sein sollten. Um solche Kräfte zu fördern, bedürfe es Menschen, die in gewissenhafter Verant-

wortung ihren Dienst an der rechten Ordnung leisten, bevor andere, die Verführer, ihr «Geschäft» machten.

Für unseren Landesfürsten war sowohl die Wahrnehmung eines Rechts wie die Erfüllung einer Pflicht gegenüber Staat und Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit. Er erinnerte uns auch stets daran. Der Bürger habe die Pflicht, sagte er, sich für die Fragen des staatlichen Lebens zu interessieren und, soweit es seine physischen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte gestatteten, mitzuarbeiten an dessen Gestaltung. Jeder Bürger könne im täglichen Leben durch Wort und Tat für das Eintreten, was nach seiner Ansicht richtig sei, und so mitwirken im Dienste des staatlichen Lebens. Er zeigte und lebte dies auch selber vor. Und so bekamen seine öffentlichen Auftritte in den letzten Jahren symbolhaften Charakter. Wer erinnerte sich nicht an die letzten beiden Staatsfeiertage, an denen er sich in eindringlichen Worten an sein Volk gerichtet hatte. Ein anderer hätte sich angesichts des überaus angegriffenen Gesundheitszustandes dieses Verhalten nicht auferlegt. Optimismus und ein starker Glaube an die Zukunft, dies war sein Vermächtnis und dies beseelte ihn auch, für uns, diesen Staat und diese Gesellschaft, zu sprechen. Aus heutiger Sicht gewinnt der Eindruck des mühsamen Erklommens von Stufen zum Sitzplatz in der Festtribüne und zum Mikrofon eine unerwartete Entschlossenheit, der eine Staat und Gesellschaft stärkende Symbolkraft innewohnt. Sie weist auf die Verantwortung hin, die der Landesfürst von jedem von uns gefordert hat und die er für diesen Staat stets übernommen hat und an der sich Staat und Volk, die ganze Bevölkerung ausrichten können. «Ich begrüße es», so äusserte er sich einmal, «dass es im Lande ein reges politisches Leben gibt, denn jeder Bürger muss sich klar sein, dass er mit den anderen das Leben des Landes trägt.» Auch in diesem Punkte bleibt der Landesfürst ein stets präsenties Vorbild: denn allein Eintracht macht stark und bringt Erfolg, woran er uns oft erinnerte.

Der Landesfürst war Veränderungen in Staat und Gesellschaft nicht abhold. Dies hat er mehrmals in seinen Thronreden klargemacht. Er trat für Erneuerungen ein, indem er auf «den gesunden Sinn für das Reale» verwies, den er – wie er selber sagte – im Volke vorfand. Das Leben gehe immer weiter und es finde daher eine Weiterentwicklung aller gesellschaftlichen, seien es soziale oder wirtschaftliche Probleme statt. Der Staat müsse sich dessen bewusst bleiben und seine Gesetzgebung in gewissen Belangen immer wieder nach Ablauf einer Anzahl von Jahren diesen Gegebenheiten anpassen. Wenn das übersehen würde, könnten sowohl die Interessen des einzelnen als auch die der Allgemeinheit Schaden nehmen. Es gelte für diesen Fall das Sprichwort, wer raste, der roste. Nur hielt er mit Recht an den Grundprinzipien, die sein Denken und Handeln bestimmten und die er auch vom Gesetzgeber forderte, fest. Es waren dies die alten